

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Europaausschuss

17. WP - 17. Sitzung

am Mittwoch, dem 29. September 2010, 9:30 Uhr,
Berufliche Schule in Gaarden - Europaschule -

Anwesende Abgeordnete

Bernd Voß (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Vorsitzender
Hauke Göttsch (CDU)	
Niclas Herbst (CDU)	
Markus Matthießen (CDU)	
Heiner Rickers (CDU)	
Ursula Sassen (CDU)	i.V. von Wilfried Wengler
Rolf Fischer (SPD)	
Anette Langner (SPD)	
Birte Pauls (SPD)	
Jens-Uwe Dankert (FDP)	
Carsten-Peter Brodersen (FDP)	i.V. von Kirstin Funke

Fehlende Abgeordnete

Björn Thoroë (DIE LINKE)
Anke Spoorendonk (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Präsentation der Schule	4
2. Die Arbeit der Europaschulen in Schleswig-Holstein unterstützen Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/592	5
3. Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen Ein neuer Impuls für die europäische Zusammenarbeit in der beruflichen Aus- und Weiterbildung zur Unterstützung der Strategie Europa 2020 (KOM(2010) 296 endg.) Umdruck 17/1231	8
4. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW Drucksache 17/268	10
5. Abschiebungen in das Kosovo aussetzen - Roma und Ashkali dürfen nicht in eine unzumutbare Situation abgeschoben werden! Antrag der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, DIE LINKE und SSW Drucksache 17/520	11
6. Verschiedenes	12

Der Vorsitzende, Abg. Voß, eröffnet die Sitzung um 9:35 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Präsentation der Schule

Der Schulleiter, Herr Kerber, und der Leiter der Europaprojekte, Herr Voß, stellen die Arbeit der Europaschule anhand der in Anlage 1 dieser Niederschrift angefügten Präsentation vor.

Es schließt sich eine Diskussion an.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Die Arbeit der Europaschulen in Schleswig-Holstein unterstützen

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 17/592

(überwiesen am 10. September 2010)

Abg. Langner bringt ihre Freude darüber zum Ausdruck, dass man den Antrag im Plenum fraktionsübergreifend begrüßt habe. Ein besonders wichtiger Punkt aus ihrer Sicht sei das Europareferendariat. Ein weiterer wichtiger Punkt sei der Verfügungsfonds für Europaschulen, aus dem diese Repräsentationskosten in geringem Umfang bestreiten könnten.

Herr Baier aus dem Bildungsministerium betont, dass sogar zusammen mit den Kompensationsmitteln des Bundes nur ein Betrag von durchschnittlich 700 € pro Schule und Jahr zur Verfügung stehe. In anderen Bundesländern stünden zum Teil sehr viel höhere Mittel zur Verfügung. Zudem seien die in Schleswig-Holstein zur Verfügung stehenden Mittel um 20 % gekürzt worden. Zu berücksichtigen sei auch, dass nicht alle Europaschulen das Europaprofil gleichermaßen intensiv mit Leben ausfüllten.

Auf den Hinweis von Herrn Baier, dass es Europaschulen gebe, die ihr Europaprofil unterschiedlich intensiv lebten, merkt Abg. Langner an, dass die Vergabe des Titels Europaschule an klare Kriterien geknüpft sei und ihrer Ansicht nach insofern große Unterschiede nicht vorhanden seien dürften.

Abg. Herbst betont, dass man vor einer Entscheidung über den Antrag wissen müsse, welche Kosten zum Beispiel durch das Europareferendariat, durch Ausgleichsstunden oder für die Repräsentationsmittel entstünden. - Herr Baier führt aus, dass man für Europakoordinatoren rund 2,5 Planstellen veranschlagen müsse. Mit der Einrichtung eines Europareferendariats seien viele Fragen verbunden, die zum Beispiel die Unterrichtsverteilung der Schule betreffen, aus der der entsprechende Referendar stamme sowie Fragen zum Gesamtablauf des Referendariats und zur Übernahme von Versicherungs- und Reisekosten. Eine Möglichkeit bestehe darin, die deutschen Schulen im Ausland zur Kooperation zu bewegen. Möglich sei hier, statt eines Auslandsreferendariats ein Auslandspraktikum zu absolvieren. Die damit verbundenen organisatorischen Probleme seien leichter zu lösen.

Abg. Pauls kritisiert, dass St Maurus in einer früheren Sitzung des Europaausschusses die Bedeutung von kleinen Austauschprogrammen mit geringen Fördersummen ihrer Ansicht nach heruntergespielt habe, indem er diese als „Spielwiese“ bezeichnet habe. Auf eine Frage von Abg. Pauls zu möglichen weiteren Kürzungen im Bereich der Europaschulen führt Herr Baier aus, er habe noch keine Informationen darüber, wie viele Mittel im nächsten Jahr zur Verfügung stünden.

Abg. Langner betont, dass ein Auslandspraktikum ihrer Ansicht nach ein Europareferendariat, das mit Erfahrungen mit einem anderen als dem deutschen Schulsystem verbunden sei, nicht ersetzen könne. Sie möchte wissen, ob es konkrete Überlegungen gebe, wie man das Europareferendariat umsetzen könne.

Herr Baier betont, dass man innerhalb der Landesregierung im Gespräch über Möglichkeiten sei, das Referendariat umzusetzen, allerdings blieben die bereits erwähnten Probleme bestehen. Hinzu komme, das Referendare auch eine bestimmte Anzahl an festgelegten Modulen belegen müssten, um zur Examensprüfung zugelassen zu werden. Dies könne bei einem Referendariat im Ausland nicht ohne Weiteres gewährleistet werden.

Abg. Strehlau zeigt sich zuversichtlich, dass die von der Landesregierung genannten Probleme zu lösen seien. So könne man ihrer Ansicht nach das Europareferendariat zum Beispiel an den Anfang des regulären Referendariats legen, sodass keine Änderungen des Stundenplans nötig seien.

Herr Baier betont, dass neben den schon erwähnten Problemen, die ein Auslandsreferendariat bei der Erstellung des Stundenplans mit sich brächte, Schleswig-Holstein sich nicht sehr europafreundlich im Auslandsschulwesen zeige da es sich daraus zurückziehe, was auch das Auslandsreferendariat betreffe. Dies geschehe dadurch, dass Schleswig-Holstein vom Bund einen Versorgungsausgleich für die Lehrkräfte verlange, die im Auslandsschulwesen tätig seien. Bislange habe der Bund jedoch auf das Rahmenstatut für die schulische Arbeit im Ausland von 1994 hingewiesen, nachdem das Land verpflichtet sei, die Versorgungszuschläge für die Lehrkräfte, die ohne Dienstbezüge im Auslandsschuldienst tätig seien, zu tragen.

Herr Voß von den beruflichen Schulen Gaarden betont, dass das Europareferendariat grundsätzlich unterstützenswert sei, er dies jedoch für den eigenen Schulstandort problematisch finde, weil das Referendariat in gebündelter Form Informationen vermittele, was im Ausland nicht zu gewährleisten sei. Er plädiert dafür, eine Art Praktikumsphase einzuführen, die als Modul angerechnet werden könne.

Abg. Langner zeigt sich überrascht, dass der Verein der Europaschulen eine Forderung nach dem Europareferendariat aufstelle, der von einzelnen Europaschulen offenbar für nicht durchführbar gehalten werde. Sie merkt an, dass sie sich mehr Kommunikation zwischen den Europaschulen und dem Verein der Europaschulen wünsche. Sie spricht sich dafür aus, das Bildungsministerium um Informationen zur Finanzierung und möglichen Alternativen zu einem Europareferendariat zu bitten.

Abg. Fischer regt an, die komplizierte Materie der deutschen Schulen im europäischen Ausland und den Versorgungsausgleich in einer der nächsten Sitzungen des Europaausschusses vertieft zu behandeln. Des Weiteren schlägt er vor, die Beratung des Antrags Drucksache 17/592 bis zum Vorliegen einer Aufstellung möglicher Kosten des Europareferendariats durch das Bildungsministerium zurückzustellen.

Abg. Sassen lobt die Arbeit, die die Europaschulen trotz der geringen Mittel leisteten, und regt an, möglicherweise einen Preis für die beste Europaschule auszuloben, um so auch die Darstellung der Arbeit der Europaschulen in der Öffentlichkeit zu verbessern. Dies könne auch mit der Hilfe von Sponsoren unterstützt werden.

Abg. Herbst regt an, das Bildungsministerium zu bitten, den Bericht auf das Angebot an Fortbildungsmaßnahmen zu erweitern. In diesem Zusammenhang sollten auch die Europaschulen sagen, was gut und was schlecht funktioniere. Die Frage sei auch, an welchen Punkten man durch eine Verringerung von zurzeit erforderlichem bürokratischem Aufwand die Antragstellung durch die Europaschulen erleichtern könne. Denkbar sei seiner Ansicht nach auch eine Zusammenarbeit mit den Hanse-Offices.

Herr Kerber betont, dass eine Schwierigkeit darin bestehe, die aus Brüssel stammenden Antragsformulare korrekt und umfassend auszufüllen. Sinnvoll könne eine Beratungsinstanz sein, die Schulen darin unterstütze, Anträge richtig auszufüllen. Problematisch sei auch, dass beide Partner korrekte Anträge stellen müssten, um eine Bewilligung zu bekommen.

Der Ausschuss beschließt, die Beratung fortzusetzen, wenn die Antworten des Bildungsministeriums vorliegen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen
Ein neuer Impuls für die europäische Zusammenarbeit in der beruflichen Aus- und Weiterbildung zur Unterstützung der Strategie Europa 2020
(KOM(2010) 296 endg.)**

Umdruck 17/1231

Herr Specht, der stellvertretende Leiter des Referats Berufliche Bildung im Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr, führt in die Mitteilung der Kommission ein und betont, die Landesregierung engagiere sich schon seit Jahren, im Moment insbesondere im Zukunftsprogramm Arbeit für berufliche Aus- und Weiterbildung. Die Kommission spreche sich in ihrer Mitteilung unter anderem für eine Modernisierung der dualen Ausbildungsberufe aus, die vom Bund vorgenommen werden und in einem mehrstufigen Verfahren erfolge. In den vergangenen Jahren seien 230 der 340 Ausbildungsberufe im dualen System modernisiert worden. Der von der Kommission verwendete Begriff der Gerechtigkeit sollte aus Sicht der Landesregierung jedoch besser durch den besser passenden Begriff der sozialen Integration ersetzt werden. Die relativ pauschalen Empfehlungen der Kommission, die kein differenziertes Bild in den unterschiedlichen Ländern erhoben habe, würden gern aufgenommen.

Auf eine Frage der Abg. Strehlau zur besseren Verzahnung zwischen beruflicher Ausbildung und hochschulischer Ausbildung betont Herr Specht, dass man an einer weiteren Öffnung arbeite. Es habe aber bereits eine Öffnung stattgefunden, zum Beispiel im Bereich des Studiums für ausgebildete Meister.

Auf eine weitere Frage der Abg. Strehlau zum Europäischen Qualifikationsrahmen, in den alle Berufe europaweit eingeordnet seien, führt Herr Specht aus, dass man vonseiten der Landesregierung bemüht sei, die dualen Berufsabschlüsse entsprechend zu positionieren. Wann der Diskussionsprozess darum beendet sein werde, könne man zum jetzigen Zeitpunkt nicht einschätzen.

Abg. Langner interessiert, inwieweit es die Möglichkeit gebe, zum Beispiel für Jugendliche, die die Schule abgebrochen hätten, Module anzubieten, die Inhalte vermitteln würden, die bei einer späteren Berufsausbildung anerkannt werden könnten.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen, Um-
druck 17/1231, abschließend zur Kenntnis.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
DIE LINKE und SSW
Drucksache 17/268

(überwiesen am 19. März 2010 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und an
den Europaausschuss)

hierzu: Umdrucke 17/711, 17/713, 17/732, 17/734, 17/746, 17/803, 17/820,
17/891, 17/904, 17/913, 17/920, 17/953, 17/1014,
17/1019, 17/1030, 17/1032, 17/1122, 17/1150, 17/1151

Nach einer Diskussion kommt der Ausschuss überein, die Beratungen zum Gesetzentwurf zur Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein, Drucksache 17/268, auf eine spätere Sitzung zu verschieben.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Abschiebungen in das Kosovo aussetzen - Roma und Ashkali dürfen nicht in eine unzumutbare Situation abgeschoben werden!

Antrag der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, DIE LINKE und SSW

Drucksache 17/520

(überwiesen am 21. Mai 2010 an den **Europaausschuss** und an den Innen- und Rechtsausschuss)

hierzu: Umdrucke 17/907, 17/918, 17/925, 17/926, 17/927, 17/936, 17/1026, 17/1043, 17/1072, 17/1084, 17/1089, 17/1090, 17/1091, 17/1098, 17/1102, 17/1105, 17/1106, 17/1108, 17/1214

Nach einer Diskussion um die Frage der Dringlichkeit des vorliegenden Antrags beschließt der Ausschuss, die Beratungen zu diesem Tagesordnungspunkt in seiner nächsten Sitzung fortzusetzen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Abg. Fischer regt an, vor dem Hintergrund norddeutscher Kooperation die bisher gepflegte Tradition der gemeinsamen Sitzungen mit dem Europaausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft wieder aufleben zu lassen.

Der Vorsitzende, regt an, eventuell auch gemeinsame Aktivitäten mit dem Europaausschuss des Landes Mecklenburg-Vorpommern ins Auge zu fassen. Der Ausschuss kommt überein, entsprechende Schritte in die Wege zu leiten.

Der Vorsitzende, Abg. Voß, schließt die Sitzung um 11:15 Uhr. Es schließt sich eine Führung durch die Räumlichkeiten der Schule an.

gez. Bernd Voß
Vorsitzender

gez. Thomas Wagner
Geschäfts- und Protokollführer

Die Anlage ist als pdf-Datei in der Infothek einzusehen.